

KOLUMNE über ein Beruhigungskonzept, dessen Details kaum jemand durchleuchtet

Tuu Bic Du Fäil

Die Finanz- und Bankenkrise 2007/2008 brachte einen neuen Begriff ins Bewusstsein der Medien sowie der Politiker, ja sogar der gesamten Bevölkerung: «Tuu Bic Du Fäil» (im Politikerjargon) - oder englisch: «Too Big To Fail» (TBTF). Was genau damit gemeint war, verstanden die wenigsten Personen, und noch weniger Menschen interessieren sich heutzutage dafür. Hatte es nicht etwas mit Grossbanken zu tun, die man - konkret: der Staat - in der Krise vor dem Kollaps retten musste? Jedermann hatte damals von «Lehman Brothers» gehört. Doch tempi passati - heute ist alles ganz anders!

Vor 15 Jahren ging «Swissair» in Konkurs. Der Staat hat den Flugkonzern zwar irgendwie unterstützt, aber wohl nicht so richtig, denn nachdem die Luft («Air») abgelassen war, gehört «Swiss» nunmehr «Lufthansa». Vor einem knappen Jahrzehnt war der Staat gefragt betreffend UBS. Es handelte sich um eine indirekte Staatsrettung durch die Nationalbank. Sich darüber aufregen, mag niemand: Der Staat erlitt nicht nur keinen Schaden, sondern erzielte gar Profit.

Weshalb schreibe ich dann diese Kolumne? Das Thema interessiert niemanden (mehr) und ist offensichtlich nicht (länger) aktuell. Also tempi passati - und heute ist alles ganz anders? Für einen Liberalen muss TBTF und eine staatliche Rettungshilfe für Privatunternehmen fast untraglich sein. Unternehmenskonkurse gehören zwangsläufig zu einer freien Wirtschaft. Wie schon vor Jahren gehört: Wenn ein Unternehmen für die Volkswirtschaft zu gross oder zu wichtig ist, um es untergehen zu lassen (eben: «too big to fail»), dann ist es einfach zu gross («too big»). Die Schweiz wollte und will indes - richtigerweise - kein Grossbankenverbot vorsehen oder eine Bankenaufspaltung vornehmen.

TBTF stellt eine Staatsgarantie zugunsten von Privatunternehmen dar. Damit diese Garantie zulasten der Steuerzahler möglichst nicht eingelöst werden muss, macht das Bankrecht den fünf betroffenen Finanzinstituten - UBS, Credit Suisse, Zürcher Kantonalbank, Raiffeisen sowie Postfinance - strenge Auflagen. In der ersten Phase geht es um die Prävention (z. B. Eigenkapitalausstattung und Liquidität), in der zweiten Phase um die Sanierung («Coco Bonds» etc.)



PETER V. KUNZ
ORDINARIUS FÜR WIRTSCHAFTSRECHT

Der Autor, Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M., ist seit 2005 Ordinarius für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung der Universität Bern; seit 2015 ist er Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Vor seiner akademischen Karriere war er unter anderem als Journalist tätig und als FDP-Mitglied Gemeinderat in Dulliken und Kantonsrat des Kantons Solothurn. Inzwischen ist er aus der FDP ausgetreten.

DIE KOLUMNISTEN
AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT
KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
GEORG KREIS, EMERITIERTER PROFESSOR FÜR GESCHICHTE
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
OSWALD SIGG, EHEMALIGER BUNDESRATSPRECHER
THOMAS STRAUBHAAR, ÖKONOM UND MIGRATIONSFORSCHER
CHRISTIAN WÄNNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR
HANS FAHRLÄNDER, PUBLIZIST UND EHEMALIGER CHEFREDAKTOR

und in der dritten Phase - wenn also alles nichts genützt hat - um die Abwicklung (Konkurs unter Rettung der systemrelevanten Teile).

Dieses Konzept für Grossbanken macht theoretisch Sinn, doch ob es den Praxistest bestehen würde, muss offen bleiben. Die TBTF-Regulierungen in der Schweiz erscheinen zwar gut, weil sie den Menschen mehr Sicherheit geben, jedoch gleichzeitig schlecht, weil sich die Menschen in falscher Sicherheit wiegen. Gerade die letzte Phase ist ungenügend; wie die komplex «vernetzte» Raiffeisen - als Beispiel - abgewickelt werden sollte, bleibt mir ein juristisches Rätsel. Weder Medien noch Politik(er) interessieren sich dafür - bis zum nächsten Crash-Test.

Wirtschaftskrisen haben die unangenehme Eigenschaft und völlig unabsehbar sind. Selbst so genannte «Star-Ökonomen» haben eine Trefferwahrscheinlichkeit bestenfalls auf dem Niveau von Mike Shiva. Eigentlich sollte das Motto gelten: «Reguliere in der Zeit, so hast Du in der Not». Aber (sorry, ich wiederhole mich, wenn auch leicht zynisch): tempi passati - und heute ist ja alles ganz anders ...

Dass die Schweizer Politik den potenziellen Ernst der Lage verkennt, kann niemanden überraschen. Dass die Experten der Bundesverwaltung hingegen kein Gegensteuer geben (ganz im Gegenteil), kommt etwas überraschend. Nicht allein private Banken, sondern ebenfalls private Versicherungsgesellschaften können systemische Risiken mit sich bringen, was international unbestritten ist; das «Financial Stability Board» bezeichnet zahlreiche Versicherer als TBTF, darunter beispielsweise Allianz, Generali, AXA sowie AIG. In der Schweiz werden hingegen Versicherungen generell ausser Acht gelassen.

Für die Leser und Leserinnen, die bis zum Schluss der Kolumne dabei geblieben, mein «Ceterum censeo»: Versicherungskonzerne können durchaus «Tuu Bic Du Fäil» sein (wie AIG vor Jahren in den USA bewiesen hat) und sollten wohl entsprechend reguliert werden. Ein Hoffen auf «tempi passati» erscheint kurzzeitig und legislativ wenig inspiriert. Ich wollte dies nur wieder einmal festgehalten wissen, notabene wie bereits seit zehn Jahren!

KOMMENTAR

Der Wind hat gedreht beim Bildungssparen

Wenn es um Einsparungen im Bildungsbereich ging, lautete der öffentliche Tenor in den letzten Jahren oft: Lehrer haben gute Löhne, einen sicheren Arbeitsplatz und noch 13 Wochen Ferien - die sollen nicht jammern, wenn bei ihnen ein bisschen gespart wird. In den Spardebatten argumentierten rechtsbürgerliche Politiker, das Bildungswesen gehöre zu den grössten



von Fabian Hägler

Nicht nur der Lehrerverband und die Bildungskommission, auch die FDP ist gegen Sparmassnahmen.

Ausgabeposten. Zudem seien die Kosten in den letzten Jahren massiv angestiegen, der Rotstift müsse auch hier angesetzt werden.

Dass sich SP, Grüne und Lehrerverbände gegen Bildungssparen wehren, ist keine Überraschung. Vor drei Wochen haben die Lehrer beschlossen, am 8. November vor dem Grossratsgebäude gegen die Kürzungen zu protestieren. Schon im Mai 2015 fand eine grosse Lehrerdemo statt, trotzdem wurden im Bildungsbereich spürbare Kürzungen vorgenommen. Es zeigte sich: Die linken Kräfte allein können zwar protestieren, aber Einsparungen nur in sehr beschränktem Ausmass verhindern.

Das gilt grundsätzlich immer noch - doch der Wind beim Bildungssparen hat seit 2014 gedreht. Nun spricht sich auch die FDP gegen Sparmassnahmen aus, die zulasten der Schüler gehen. Wie stark dies aus Überzeugung geschieht und wie sehr die Position auch Wahltaktik ist, lässt sich schwer einschätzen. Tatsache ist: Viele Schulleitungen und Lehrer informieren Eltern direkt über die drohenden Einsparungen. Dies zeigt in einem Wahljahr eindeutig Wirkung: Welcher Politiker will die Stimmen von Eltern verlieren, die um die gute Ausbildung ihrer Kinder fürchten?

@fabian.haegler@azmedien.ch

POLEMIK

Kot werfen zieht einfach besser

Es war vor einigen Wochen, da schrieb ich just an dieser Stelle meinen Frust über die Nominierung von Donald Trump als Präsidentschaftskandidat nieder. Genau wie der blonde Boris aus London sei der toll frisierte Donald ein Blödel, den man vorschicke, um das Volk zu unterhalten. Die eigentliche Arbeit lagere man an Bürokraten aus.

Nun, gestern trafen sich zwei davon im US-Fernsehen. Die beiden wenig bekannten Kandidaten für das Vizepräsidentenamt, Mike Pence und Tim Kaine, duellierten sich in einer Art und Weise, die man heute kaum noch für möglich gehalten hätte: sachlich. Und respektvoll. Keiner von beiden warf mit Kot um sich, brüllte rum oder beleidigte sein Gegenüber. Welch wohlthuende Veranstaltung.

Können wir nicht einfach dahin zurück? So tun, als gäbe es Donald und Hillary gar nicht? Als sei das alles nur ein schlechter Scherz gewesen? Machen wir es doch einfach! Schauen wir also auf die Fakten im US-Präsidentschaftswahlka... - ah, Moment, Donald hat getwittert: «Kaine sieht aus wie ein fieser Gauner aus einem Batman-Film.» Und schon schmeisst wieder einer mit Sch...

♦ Fabian Hock

Was ist Ihre Meinung?



Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

King Roger - wird langsam ein Schnösel draus? Unsere Bewunderung für den Maestro versteckten wir nie. Nun irritiert er etwas neben dem Platz. Natürlich hat Roger alle Zeit der Welt, sich auch mal umzuschauen in den Städten, wo er jeweils nur Zwischenstation machte während des Jet-Galopps auf der ATP-Tour rund um die Welt. Aber was hat er an einer Modeschau in Paris verloren (hier im Gespräch

mit dem Fotografen Patrick de Marchelie)? Wollte seine Frau hin, Mirka? Sie gleicht mittlerweile einer Frau, die als dritte Gattin einen Politiker dritten Ranges an die Never-ending-Wahltour begleiten muss. Und wie Roger hier ausschaut, casual-klassisch sportlich-elegant, nennt man auf Schweizerdeutsch: Äs gläckets Pürschtl. Es wird Zeit, kehrt er auf den Platz zurück.

FOTO: FRANCOIS MORI/KEY